

Hinweisblatt für geringfügige Beschäftigungen oder Beschäftigung von Studenten

Nach § 8 Abs. 1 SGB IV liegt eine geringfügige Beschäftigung vor, wenn

- 1) das Arbeitsentgelt regelmäßig die Geringfügigkeitsgrenze¹ nicht übersteigt (**geringfügig entlohnte Beschäftigung**)
oder
- 2) die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres seit ihrem Beginn auf längstens drei Monate oder 70 Arbeitstage nach ihrer Eigenart begrenzt zu sein pflegt oder im Voraus vertraglich begrenzt ist, es sei denn, dass die Beschäftigung berufsmäßig ausgeübt wird und ihr Entgelt die in Nummer 1 genannte Grenze übersteigt (**kurzfristige Beschäftigung**).

Hinweise zur geringfügig entlohten Beschäftigung

Geringfügig entlohnte Beschäftigungen sind versicherungsfrei in der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

Sofern eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung (z. B. Familienversicherung) besteht, sind dafür durch den Arbeitgeber Pauschalbeiträge in Höhe von 13% an die Minijob-Zentrale zu entrichten.

In der gesetzlichen Rentenversicherung besteht grundsätzlich Versicherungs- und Beitragspflicht. Vom Arbeitgeber ist ein Pauschalbeitrag in Höhe von 15% an die Minijob-Zentrale zu zahlen. Der vom Beschäftigten zu tragende Anteil am Rentenversicherungsbeitrag beläuft sich auf 3,6% des Arbeitsentgeltes. Er ergibt sich aus der Differenz zwischen dem Pauschalbeitrag des Arbeitgebers und dem vollen Beitrag zur Rentenversicherung in Höhe von derzeit 18,6%. Zu beachten ist, dass der volle Rentenversicherungsbeitrag mindestens von einem Arbeitsentgelt in Höhe von 175 EUR zu zahlen ist.

Antrag auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht (→ Punkt 5 im Fragebogen A4)

Ist die Versicherungspflicht nicht gewollt, kann sich der Beschäftigte von ihr befreien lassen. Hierzu ist ein schriftlicher Antrag gegenüber dem Arbeitgeber (Bezügestelle oder Personalstelle) erforderlich. Werden mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen nebeneinander ausgeübt, kann der Antrag auf Befreiung nur einheitlich für alle zeitgleich ausgeübten geringfügigen Beschäftigungen gestellt werden. Über den Befreiungsantrag hat der Beschäftigte alle weiteren Arbeitgeber zu informieren, bei denen er eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausübt. Die Befreiung von der Versicherungspflicht ist für die Dauer der Beschäftigung bindend, sie kann nicht widerrufen werden.

Die Befreiung wirkt grundsätzlich ab Beginn des Kalendermonats des Antragseingangs beim Arbeitgeber. Dieser meldet die Befreiung an die Minijob-Zentrale. Voraussetzung ist, dass die Minijob-Zentrale der Befreiung nicht widerspricht.

Konsequenzen aus der Befreiung von der Rentenversicherungspflicht

Durch die Befreiung zahlt lediglich der Arbeitgeber den Pauschalbeitrag in Höhe von 15 %. Die Zahlung eines Eigenanteils durch den Beschäftigten entfällt hierbei. Dies hat zur Folge, dass der Beschäftigte nur anteilig Monate für die Erfüllung der verschiedenen Wartezeiten erwirbt und auch das erzielte Arbeitsentgelt bei der Berechnung der Renten nur anteilig berücksichtigt wird.

Hinweis: Bevor sich der Beschäftigte für die Befreiung von der Rentenversicherungspflicht entscheidet, wird eine individuelle Beratung zu den Auswirkungen der Befreiung bei einer der Auskunft- und Beratungsstelle der Deutschen Rentenversicherung empfohlen. Das Servicetelefon der Deutschen Rentenversicherung ist kostenlos unter der 0800 10004800 zu erreichen.

Zusammenrechnung mehrerer Beschäftigungen (→ Punkt 1 im Fragebogen A4)

Mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen sind zusammenzurechnen. Sofern neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung nur eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausgeübt wird, findet eine Zusammenrechnung nicht statt.

Werden hingegen neben einer nicht geringfügigen versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen ausgeübt, bleibt diejenige geringfügig entlohnte Beschäftigung, die zeitlich zuerst aufgenommen wurde, versicherungsfrei. Die weiteren geringfügig entlohten Beschäftigungen sind mit der nicht geringfügigen Beschäftigung zusammenzurechnen, sofern diese der Versicherungspflicht unterliegt. Dies gilt allerdings nicht für die Arbeitslosenversicherung.

Mehrere Beschäftigungen bei einem Arbeitgeber sind im sozialversicherungsrechtlichen Sinn ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Arbeitsverträge als ein einheitliches Beschäftigungsverhältnis zu beurteilen.

Hinweise zur kurzfristigen Beschäftigung

Kurzfristige Beschäftigungen sind versicherungs- und beitragsfrei in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Die Höhe des Entgelts spielt dabei grundsätzlich keine Rolle.

Eine kurzfristige Beschäftigung liegt nicht vor, wenn ein Rahmenarbeitsvertrag von mehr als 12 Monaten Dauer besteht oder ein regelmäßig wiederkehrendes Arbeitsverhältnis vorliegt, auch wenn die Zeitdauer von 70 Arbeitstagen im Laufe eines Kalenderjahres nicht überschritten wird.

Eine kurzfristige Beschäftigung liegt außerdem nicht vor, wenn sie **berufsmäßig** ausgeübt wird und das Entgelt die Geringfügigkeitsgrenze¹ übersteigt.

Eine Beschäftigung wird berufsmäßig ausgeübt, wenn sie nicht von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung ist. Kurzfristige Beschäftigungen gelten dann als nicht berufsmäßig, wenn sie von Personen ausgeübt werden, die nach ihrer Lebensstellung keine Sozialversicherungspflicht begründende Beschäftigung ausüben (z.B. Schüler/innen oder Rentner/innen). Beschäftigungen, die nur gelegentlich ausgeübt werden (z.B. zwischen Abitur und Studium) sind grundsätzlich als nicht berufsmäßig anzusehen.

Beschäftigungen von Leistungsbeziehern nach dem SGB III bzw. SGB II gelten grundsätzlich als berufsmäßig und sind damit sozialversicherungspflichtig. Dies gilt auch für Personen, die bei der Arbeitsagentur oder einem Jobcenter auch ohne Leistungsbezug als Arbeitssuchende für eine mehr als geringfügige Beschäftigung gemeldet sind. Beschäftigungen während einer Elternzeit oder einer Beurlaubung ohne Entgelt gelten ebenfalls als berufsmäßig. (→ *Punkte 1 und 3 im Fragebogen A4*)

Zusammenrechnung mehrerer Beschäftigungen (→ *Punkt 1 im Fragebogen A4*)

Eine Zusammenrechnung von kurzfristigen mit geringfügig entlohten Beschäftigungen sowie mit versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigungen erfolgt nicht. Mehrere kurzfristige Beschäftigungen sind jedoch zusammenzurechnen. Dabei sind alle im Laufe eines Kalenderjahres ausgeübten kurzfristigen Beschäftigungen zu berücksichtigen. Wird bei der Zusammenrechnung die Zeitgrenze von 3 Monaten bzw. 70 Arbeitstagen überschritten, ist die aktuelle Beschäftigung als sozialversicherungspflichtig zu beurteilen.

Dauert die Beschäftigung wider Erwarten länger als 3 Monate bzw. 70 Arbeitstage, so beginnt die Versicherungspflicht an dem Tage, an dem die Verlängerung bekannt wird.

Hinweise für eine Beschäftigung während eines Studiums

Wird während der Dauer des Studiums an einer Hochschule oder einer sonstigen, der wissenschaftlichen oder fachlichen Ausbildung dienenden Schule eine Beschäftigung gegen Entgelt aufgenommen, so besteht grundsätzlich Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, wenn die wöchentliche Arbeitszeit die Grenze von 20 Stunden in der Woche nicht überschreitet (sog. „Werkstudentenprivileg“). Für die Rentenversicherung gelten keine Besonderheiten, die versicherungsrechtliche Prüfung erfolgt nach den allgemeinen Regelungen. Das Werkstudentenprivileg gilt **nicht** für Studenten in einem dualen Studium (z.B. an einer Berufsakademie).

In Einzelfällen (insbesondere bei Beschäftigung am Wochenende oder in den Abend- und Nachtstunden) kann Versicherungsfreiheit auch bei einer längeren wöchentlichen Arbeitszeit in Betracht kommen. Voraussetzung ist jedoch, dass Zeit und Arbeitskraft des Studenten überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden. Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung besteht auch für Tätigkeiten, die nur in den Semesterferien – unabhängig von der wöchentlichen Arbeitszeit – ausgeübt werden. (→ *Punkt 4d im Fragebogen A4*)

Wurden bereits in der Vergangenheit Aushilfsbeschäftigungen aufgenommen, so ist die zu beurteilende Beschäftigung nur noch dann versicherungsfrei, wenn die Summe aller Beschäftigungszeiten innerhalb eines (Zeit-)Jahres höchstens 26 Wochen beträgt. Berücksichtigt werden dabei alle Beschäftigungen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden. Sofern die Zusammenrechnung mehr als 26 Wochen ergibt, besteht vom Beginn der zu beurteilenden Beschäftigung an Sozialversicherungspflicht. (→ *Punkt 4c im Fragebogen A4*)

Beschäftigungen, die während eines Urlaubssemesters ausgeübt werden, sowie Beschäftigungen während eines (ausschließlichen) Promotions-, Zusatz- oder Ergänzungsstudiums unterliegen grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht. (→ *Punkt 4b im Fragebogen A4*)

Datenschutzhinweis gemäß Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung

Ihre Daten werden vom Landesamt für Steuern und Finanzen in Erfüllung seiner Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen zu den einzelnen Aufgaben sowie über die Verarbeitung der Daten und der Rechte bei der Verarbeitung der Daten, die sich aus der Datenschutz-Grundverordnung ergeben, können Sie im Internet unter <http://www.lsf.sachsen.de/Datenschutz.html> (z. B. Bereich Bezüge) abrufen. Die/ den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n des Landesamtes für Steuern und Finanzen erreichen Sie unter: Landesamt für Steuern und Finanzen, Behördliche/r Datenschutzbeauftragte/r, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, E-Mail-Adresse: Datenschutz@lsf.smf.sachsen.de

¹ Die Geringfügigkeitsgrenze wird an die Entwicklung des gesetzlichen Mindestlohns angepasst. Ab 01.01.2026 liegt sie bei 603 EUR monatlich.